

Rechtsaußen »ermittelt«

Dank CDU: Sachsen-Anhalts AfD-Chef Poggenburg leitet Kommission zum Thema »Linksextremismus«

Susan Bonath

Fast jeden zweiten Tag eine von Rechten begangene Gewalttat: Das war laut Polizei 2016 Realität in Sachsen-Anhalt. Doch darum geht es dieser Tage nicht im Landesparlament. Im Gegenteil: In Magdeburg konstituiert sich gerade eine Enquetekommission, die den »Linksextremismus untersuchen« soll. Ausgerechnet der AfD-Landes- und Fraktionschef André Poggenburg soll sie leiten. Das gaben am Freitag mehrere Abgeordnete bekannt. Die AfD hatte die Einrichtung des Gremiums im August 2017 mit Verweis auf die Hamburger G-20-Proteste beantragt. Sie kam damit durch, weil die meisten CDU-Abgeordneten dafür votierten.

Die Kommission soll laut Beschluss »Handlungsempfehlungen für den Landtag erarbeiten, die als Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung von Linksextremismus dienen sollen«. Mit Hilfe »Sachverständiger« wollen AfD und CDU linke Gruppen und deren Zusammenarbeit mit Parteien analysieren. Es gehe um »Scharnierfunktionen, Aktivitäten, Straftaten, ideologische Grundlagen, Verankerung in der Gesellschaft sowie Gegen- und Präventionsmaßnahmen«. Zur Veranschaulichung, heißt es weiter, sollen auch »Fallbeispiele der G-20-Proteste« dienen. Das zwölköpfige Gremium soll bis zur nächsten Landtagswahl 2021 »ermitteln«. Im Antrag hatte sich die AfD auf »Rechtsstaat« und »Demokratie« berufen.

Die Landtagsabgeordnete Henriette Quade (Die Linke) sprach in einer Presseerklärung von einem »vergifteten Arbeitsauftrag«. Die AfD führe damit ihre »Diffamierungskampagne gegen nichtrechte Vereine und Initiativen« fort. »Kaum ein AfD-Politiker verkörpert die Idee hinter der Kommission so konsequent wie Herr Poggenburg«, so Quade. Der größte Skandal für sie sei, dass die CDU den Antrag unterstützt habe. Das hatte vor einem halben Jahr auch bei den mitregierenden Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen für Ärger gesorgt.

Quade warf der AfD vor, »im Kern rechtsextrem« zu sein. »Wer in Rhetorik und Methoden so klar an faschistische Ideen anknüpft, kann sich noch so oft formal auf Demokratie berufen: Er wird auch durch seine Legitimation durch Wahlen nicht zum Demokraten«, mahnte sie. Als Beispiel führte sie Poggenburgs »Aschermittwochsrede« im sächsischen Nentmannsdorf an. Unter dem Applaus von AfD-Anhängern hatte er unter anderem Deutschtürken als »Kameltreiber« und »Kümmeltürken«, die sich »hinter den Bosphorus scheren« sollten, verunglimpft.

Das war nicht seine einzige Hassrede, seit die AfD 2016 mit 24,3 Prozent der Wählerstimmen als zweitstärkste Fraktion in den Magdeburger Landtag eingezogen war. Im Februar 2017 hatte Poggenburg gefordert, »linksextreme Lumpen« aus Hochschulen zu verbannen und »praktischer Arbeit zuzuführen«. Die Abgeordneten forderte er auf: »Beteiligen Sie sich an allen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden und zu beseitigen.« Seit Monaten macht die AfD zudem Stimmung gegen ein linkes Hausprojekt in Halle namens »Hasi«, das nun geräumt werden soll.

Am Sonnabend verteidigte Poggenburg den Auftritt seines Parteikollegen und Vizepräsidenten im Landtag, Willi Mittelstädt, auf einer rassistischen Kundgebung in Merseburg. Die von Sven Liebich, einem Exmitglied des in Deutschland verbotenen Neonazinetzwerks Blood & Honour, organisierte Demonstration richtete sich gegen die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Poggenburg erklärte, Mittelstädt habe sein Grundrecht wahrgenommen.

Außerdem jubelte Sachsen-Anhalts AfD-Chef über eine Entscheidung des Parteikonvents. Der hatte am Sonnabend das Kooperationsverbot mit dem asylrechtsfeindlichen Bündnis Pegida aufgehoben. Dies hatten Mitglieder der ultrarechten »Patriotischen Plattform« in der AfD beantragt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/328473.rechtsaußen-ermittelt.html>